

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 45.

Berlin, den 6. November 1910.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Warnungstafeln. — Der Baudelegierte. — Die Kommissionsberatung der Reichsversicherungsordnung. — Rundschau: Eine Sondernummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“. Die Scharfmacher an der Arbeit. Wachsende Einsicht. Gemeinheiten belgischer Sozialdemokraten gegen unsern Kaiser. Der Generalstreik der französischen Eisenbahner vor der französischen Kammer. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: M.-Glabach, Breslau. Hannover-Döhren. Herford i. W. Minden i. W. Papenburg. Saarbrücken. Blotho. Hannover III. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Soziale Wahlen. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

Warnungstafeln.

Scharfmacherische Kreise betrachten die gegenwärtige Zeitlage ihren Plänen besonders günstig. Neben dem Sturm auf unsere Sozialpolitik fordern sie einen verstärkten Schutz der sogenannten Arbeitswilligen. Sie sind eifrig dabei, das Material zu einer Neuauflage des Buchhausgesetzes seligen Angebens zusammenzutragen, wobei wir besonders auf das Rundschreiben des Zentralverbandes Deutscher Industrieller erinnern. Das beachtenswerteste dabei ist, daß diesem Bestreben aus Kreisen Sektors geleistet wird, die bislang eine andere Stellung eingenommen haben.

Woher dieser Umschwung der Meinung? Während des Kampfes im Baugewerbe hat die bürgerliche Presse im allgemeinen eine den Arbeitern günstige Haltung eingenommen. Selbst Organe, die vorwiegend die Interessen der Arbeitgeber vertreten, haben es nicht an Tadel der Maßnahmen des Arbeitgeberbundes f. d. B. fehlen lassen. Dieser Umstand war mitbestimmend zum günstigen Ausgang für die Arbeiter. Anders war es bei dem Werftarbeiterstreik und der aus diesem sich zu entwickeln drohenden Metallarbeiterausperrung. Die Arbeiter hatten keine günstige Presse, obwohl die von ihnen gestellten Forderungen schließlich genau so berechtigt waren, wie die Abwehr der Bauarbeiter gegen die Forderungen des Arbeitgeberbundes f. d. B. Hier wie dort wurde die öffentliche Sympathie durch einen Mißgriff verschert. Lehnten die Arbeitgeber im Baugewerbe ein unparteiisches Schiedsgericht ab, so die sozialdemokratischen Gewerkschaften beim Werftarbeiterstreik ein gemeinschaftliches Verhandeln mit den übrigen Organisationsrichtungen. Letztere Haltung offenbarte einen starken politischen Reizgeschmack. Wenn nun doch das Resultat des Werftarbeiterkampfes ein günstiges für die Arbeiter geworden ist, und die Aussperrung im Metallgewerbe verhütet blieb, so lag das weniger an der Macht der sozialdemokratischen Verbände als vielmehr an der Einsicht der Arbeitgeber. Zudem erklärten sie sich nachträglich mit einem gemeinschaftlichen Verhandeln mit den christlichen und Christ-Donnerschen Verbänden einverstanden. Grundlos ist der Kampf jedoch dadurch um Wochen verlängert worden. Außerdem war es ein sehr gefährliches Spiel mit dem Feuer, das doch nur bei den allerhöchsten Streitfragen als berechtigt angesehen werden kann. Und die Frage ist daher wohl berechtigt, ob erzwungene materielle Vorteile den Verlust an ethischen Werten aufwiegen. Welchen Eindruck aber muß der unparteiische Dritte von einer Gewerkschaftsbewegung bekommen, wenn ob eines wie vorstehend gezeichneten Verhaltens eine so gewaltige Gefahr für unser gesamtes Wirtschaftsleben heraufbeschworen wird?

Es ist eine notorische Tatsache, daß neben steigenden sozialdemokratischen Wahlerfolgen ein jeder, ja man kann sagen, brutaler Uebermut einhergeht. Das müssen wir an den Abergewaltigen Terrorismusfällen konstatieren, und an Symptomen anderer Art. Die zügellose Schreibweise und Hege der sozialdemokratischen Presse gibt genügend Einblick. Uns wundern die Vorgänge in Moabit, Bremen und Köln gar nicht, eher noch, daß sie nicht mehr vorkommen. Eine blindwütig aufgepeitschte Masse, die von einem Protestrummel in den andern hineingezogen wird, die in jedem Polizisten einen Bluthund erblickt, die läßt sich auf die Dauer von gewaltsamen Ausschreitungen nicht zurückhalten. Und es ist uns in zahlreichen Fällen berichtet worden, daß man in weiten sozialdemokratischen Arbeiterkreisen angesichts der sich wiederholenden Krawalle in Moabit der Meinung war, jetzt ginge es bald los, die gewalttätige Abrechnung mit den „Bourgeois“ breche an. Die Idee des Massenstreiks ist so tief in die Masse gedrungen, daß die Warnungen der „freien“ Gewerkschaftspresse versagen müssen, und daß es nur eines Anstoßes bedarf, um ihn auszulodern zu lassen.

Die Krawalle in Moabit, Bremen und Köln waren Ausschreitungen rohester Art, die Angriffe auf die Arbeits-

willigen stehen mit einer lokalen Ausübung des Koalitionsrechtes im schärfsten Widerspruch. Man mag über die Arbeitswilligen denken wie man will, sie haben jedenfalls ein Anrecht darauf, daß ihre staatsbürgerliche Freiheit den übrigen gleich geachtet wird. Wo sollten wir auch hingeraten, wenn an Stelle des gütlichen Hinweises und des aufklärenden Zuredens der Knüppel und der Revolver treten sollten. Eine Sache, für die mit solchen Mitteln gekämpft werden muß, ist verloren, sie schädigt die Arbeiterinteressen ganz empfindlich.

Und was sehen wir heute? Die Scharfmacher reiben sich die Hände. So hoch war ihnen das Glück seit langem nicht. Sie hoffen zuversichtlich in erster Linie ein Verbot des Streikpostenstehens zu erwirken. Damit wären dem Koalitionsrecht der Arbeiter die Zähne ausgebrochen, es wäre nutzlos. Weder könnte der Zuzug von außerhalb ferngehalten, noch könnte mit den Arbeitswilligen auf gutlichem Wege verhandelt werden. Was das zu bedeuten hat, brauchen wir nicht näher zu erläutern.

Was wir aber dringend benötigen, ist nicht eine Einschränkung, sondern eine Erweiterung des Koalitionsrechtes. Der Paragraph 153 der G.-D. muß fallen, überhaupt muß das Koalitionsrecht auf eine andere Grundlage gestellt werden. Eine fortschreitende Tarifpolitik erfordert das, soll sie gesund sein. Um so bedauerlicher die sozialdemokratischen Ausschreitungen und der überhandnehmende Terrorismus, wodurch, wenn nicht gar Verschlechterungen eintreten, doch zum mindesten Verbesserungen verhindert werden.

Anstatt nun die überschäumenden „Genossen“ zur Ordnung zu rufen, gefällt sich die sozialdemokratische Presse darin, zu Protestversammlungen gegen die Moabiter Polizei und gegen die Pläne der Scharfmacher, die diese Vorgänge zu einer Einschränkung des Koalitionsrechtes agitatorisch auszunutzen, aufzurufen. Glaubt man etwa damit die Deffinitheit über die wahren Dinge hinwegzutäuschen? Nein, und wir nehmen an, daß die Sozialdemokratie sich dessen selbst bewußt ist. Es handelt sich hier um ein verabredetes Vorgehen, und genau um das Gegenteil von dem, was man tut, um eine gefährliche Sache abzuwehren. Allem Anschein nach wäre ihr die Einbringung einer Buchhausvorlage zu Zwecken der nächstjährigen Reichstagswahl sehr angenehm. Den Gefallen wird die Regierung hoffentlich nicht erweisen. Aber auch hier tritt das Spiel mit dem Feuer offensichtlich in Erscheinung. Die Sozialdemokratie glaubt sich das leisten zu dürfen, ihre steigenden Erfolge verleiten sie zu immer dreisterem Vorgehen. Ohne daß wir um die Gunst anderer winkeln, und daß wir auch für die Rechte der Arbeiter zu kämpfen stehen, haben wir bewiesen, können wir behaupten, daß mit einem derartigen Verhalten den Interessen der Arbeiter nicht gedient wird.

Es ist dringend zu wünschen, daß die bürgerlichen Politiker kaltes Blut bewahren, und sich durch nichts provozieren lassen. Auf sozialpolitischem Gebiet muß ernste und nachhaltige Arbeit geleistet werden. Wenn die Sozialdemokratie durch fortwährendes Schimpfen auf unsere soziale Gesetzgebung den bürgerlichen Sozialpolitikern ihre Arbeit zu vereiteln sucht, so darf sie damit ebensowenig Glück haben wie jene Scharfmacherkreise, die die Regierung durch fortwährenden Hinweis auf die Ergebnislosigkeit der sozialen Verführung durch die Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung scharf zu machen versuchen. Man soll ohne Nebenabsicht den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen, auch bedenken, daß es Millionen von Arbeitern gibt, die der Sozialdemokratie keine Gefolgschaft leisten. Für uns christliche Gewerkschaftler aber entsteht neu die Pflicht, mit aller Entschiedenheit auf die Stärkung der christlichen Gewerkschaften hinzuwirken. Nur indem wir Massen gewinnen, wird es uns möglich, das gefährliche und schädliche Treiben der Sozialdemokratie wirksam zu bekämpfen, andererseits aber dem gefunden Aufstiege der Arbeitererschaft Rechnung zu tragen. Darum drauf, dran und durch.

Der Baudelegierte.

Da das Thema „Der Baudelegierte“ einmal angeschnitten, ist es der Wichtigkeit halber notwendig, dasselbe nicht sogleich wieder zu verlassen. Ich möchte nun als Baudelegierter selbst, und ich glaube wohl im Namen der meisten Baudelegierten, meine Meinung dazu äußern. Wir können wohl den Artikel in Nr. 42 von S. A. voll und ganz unterschreiben, und ich will auch hoffen, daß die Kollegen denselben recht gut durchgesehen haben und nun auch danach handeln. Offentlich werden die Baudelegierten nun seitens der Kollegen auch mehr unter-

stützt, denn hierin ist wohl der Hauptgrund der Vernachlässigung des Baudelegiertenwesens zu finden.

Der Delegierte kann noch so viel Wissen besitzen und noch so taktisch geschickt arbeiten, wenn ihn die Kollegen nicht unterstützen, so ist er allein eine Null, er ist dann nicht mächtig das Amt als Baudelegierter so zu verwalten, wie es zum Nutzen der Organisation nötig ist. Schreiber dieser Zeilen hat hierin schon schlechte Erfahrungen gemacht. Fängt ein Kollege an und der Delegierte fragt ihn nach der Zugehörigkeit zur Organisation, so müssen die übrigen Kollegen ihr Nütziges dabei tun, geschieht das nicht, so macht man meistens die Erfahrung, daß der indifferente Bauarbeiter sich erst näher erkundigt: er will sich's mal überlegen usw. Wird er in der Pause wieder von dem Delegierten angehalten, die Kollegen lassen aber den Delegierten wieder allein stehen, so wird er schon frech und läuft womöglich schon nach dem Polier. Dann ist die Macht des Baudelegierten in den meisten Fällen gebrochen. Das trifft ganz besonders zu, wenn nur Kollegen von unserer Organisation auf der Baustelle beschäftigt sind. Noch schlimmer ist es bei den Hilfsarbeitern; anstatt daß man jede Gelegenheit benützt, dieselben über die Notwendigkeit der Organisation aufzuklären (da auf größeren Baustellen die Hilfsarbeiter die Baubude meistens für sich haben, was eigentlich schon vermieden werden müßte), schimpft man bei jeder Gelegenheit über zu hohe Beiträge, über die Aussperrung, die Beamten, die Versammlungen usw. Daß dann der Baudelegierte die Kollegen nicht organisieren kann, ist selbstverständlich. Habe ich doch noch kürzlich auf einer Baustelle, wo sämtliche 24 Maurer bei uns organisiert sind (auch noch einige Hilfsarbeiter), eine traurige Erfahrung machen müssen. Um die übrigen Hilfsarbeiter, die ziemlich hartgefotten sind, auch zu organisieren, sollten ein oder zwei Maurer mit in die Baubude der Hilfsarbeiter gehen. Nach langem Zögern fand sich auch ein Kollege bereit. Wer nun? Als wir die Baubude betraten und ich anfang die Kollegen etwas aufzuklären, fragt mein Begleiter nach seiner Wassertonne und im Nu war er auch schon wieder verschwunden. Und warum? Vielleicht aus Dummheit? Nein, der Kollege, ein älteres Mitglied, will sonst ganz intelligent sein, aber ein unorganisierter Hilfsarbeiter hatte sich schon beim Polier beschwert, er wollte nicht in den Verband gehen, da durfte es mein Kollege doch beim Polier nicht ver-

balten. Kollegen, die Aussperrung hat uns doch wahrhaftig geizigt, daß das Diebstahls spielen bei dem Polier und Unternehmer auch einmal aufhört. Lassen wir es doch auch mal aufhören, unterstützen wir uns gegenseitig, zeigen wir mehr Solidarität, dann bekommen wir auch Baudelegierte. Auch muß jetzt die Kritik über die Bewegung aufhören; da wird gesagt, die Kollegen, welche sich vor der Bewegung der Organisation angeschlossen, haben die Kasse leer gemacht, und wir haben die langen Jahre bezahlt und haben wesentlich auch nicht mehr bekommen. Kollegen, jetzt haben wir es in den Händen, sorgen wir dafür, daß jetzt jeder Unorganisierte unserer Organisation angeschlossen wird, dann wird bei der nächsten Bewegung die Kritik aufhören, dann brauchen wir vor der Bewegung keine aufzunehmen. (Die nächste Generalversammlung wird ja auch einige Änderungen gegen diese Elemente treffen müssen.) Auch die Vorstandsmitglieder und ganz besonders unsere Lokalbeamten müssen mehr Gewicht auf das Baudelegiertenwesen legen. Gewöhnlich macht man die Erfahrung, daß im Frühjahr eine Baudelegiertenjüngung stattfindet, damit ist es aber dann fürs ganze Jahr genug. Auch hier muß mit mehr Entschlossenheit und Ausdauer gearbeitet werden. Auch in den Versammlungen muß mehr Aufklärung über die Notwendigkeit der Baudelegierten gegeben werden. Ganz besonders auch darüber, daß die Kollegen verpflichtet sind, den Baudelegierten nach jeder Richtung zu unterstützen. Wenn wir so zusammenarbeiten, wenn die nötige Aufklärung über die Notwendigkeit der Baudelegierten gegeben wird, und wenn die Kollegen die Delegierten genügend unterstützen, dann werden sich auch Kollegen als Baudelegierte finden zum Nutzen der gesamten christlichen Bauarbeiter Deutschlands.

Ein Baudelegierter.

Die Kommissionsberatung der Reichsversicherungsordnung.

Sie werden viel bemitleiden, die Reichsboten, die fast täglich in stundenlangen Sitzungen die Reichsversicherungsordnung beraten, um möglichst Brauchbares aus dem Regierungsentwurf herauszuschälen. Bemitleidet deshalb, weil viele ihre mühevollen Arbeit als Sisyphusarbeit (vergebliche Arbeit) ansehen. Wir haben immer mehr die Ueberzeugung gewonnen, daß bei manchen dieser mittelbigen Seelen der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Hoffentlich aber wird ihr Wunsch ein „frommer“ bleiben. Wir schöpfen diese Hoffnung aus der Tatsache, daß nicht nur bei der Mehrheit der Reichstagskommission sich der feste Wille zeigt, etwas Positives zu schaffen, sondern daß auch die Reichsleitung kürzlich zu erkennen gegeben

hat, daß sie an der Erledigung des ganzen Gesetzentwurfs festhält. In der Kommissionssitzung vom 27. September war es, als Staatssekretär Dr. Delbrück betonte, die verbündeten Regierungen legten den größten Wert darauf, daß dieses Gesetz noch in dieser Session zustande komme, und zwar nicht nur einzelne Teile, sondern das ganze Gesetz. Er, der Staatssekretär, sei der Ansicht, daß dieses Ziel sehr wohl erreicht werden könne.

Und es kann auch erreicht werden. An der Kommission wird es wohl nicht fehlen, es zu erreichen, denn sie arbeitet flott, sehr flott sogar. Hat sie doch seit Wiederbeginn der Sitzungen nach ihren Sommerferien am 20. September nicht nur das ganze dritte Buch, die Unfallversicherung umfassend, beraten, sondern auch schon ein Stück des vierten Buches, das die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung umschließt, erledigt. An dem bestehenden Unfallversicherungsrecht sieht allerdings die Versicherungsordnung auch nicht viel Änderungen vor. (Unseren Lesern sind sie aus unseren Artikeln vom vorigen Jahre bekannt.) Und die Kommission hat, obgleich sie auf diesem Gebiete immerhin noch manche verbessernde Abänderung des Entwurfs beschlossen hat, die Unfallversicherung durch ihre Beschlässe materiell nicht mehr belastet, vielmehr die darauf hinauslaufenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Auch unsere Kollegen Behrens, Weder, Schirmer und Wiebeberg haben gegen die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Unfallrenten gestimmt, weil sie nicht wollten, daß durch die Annahme dieser, zum Teil zwar sehr berechtigten Anträge den sozialpolitischen Reaktionen ein Mittel gegeben würde, den ganzen Gesetzentwurf zu Fall zu bringen. Die Gegner der Sozialpolitik weisen jetzt schon darauf hin, daß die über die Regierungsvorlage hinauslaufenden Beschlässe für die Konjunkturfähigkeit unseres Gewerbes sehr gefährlich würden, denn das Ausland komme durch die Versicherungsordnung auf sozialpolitischem Gebiete in immer weiteren Abstand hinter Deutschland. Und was beispielsweise die Berufsgenossenschaften für einen politischen Einfluß besitzen, ist aus der Geschichte der Sozialpolitik heraus bekannt. Und die Regierung erklärte kategorisch, unter keinen Umständen noch mehr an Belastung zuzulassen. Unsere Kollegen sagten sich deshalb, es ist ein schlechter Jäger, der mehrere Hasen auf einmal jagen will. Es passiert ihm dann fast regelmäßig, daß er keinen zur Strecke bringt. Besser ist es schon, man läßt drei bis vier Hasen in alle Winde laufen und setzt nur einen nach, und hat man diesen in die Kiste gebracht, sucht man auch die anderen zu erlegen. So machen es die Arbeiter ja auch bei ihrer gewerkschaftlichen Aktion, auch die sozialdemokratischen Arbeiter. Und als erfahrene Gewerkschafter haben unsere Kollegen diese Taktik auch auf die gesetzgeberische Aktion angewandt, zumal die Geschichte unserer staatlichen Sozialpolitik voll von Beispielen für die Wichtigkeit dieser Taktik ist.

Nichtsoebeniger aber glauben wir, daß die Mehrheit der Kommission, bestehend aus Nationalliberalen, Freisinnigen, Konservativen und Reichspartei, die Anträge unseres Kollegen Weder und seiner politischen Freunde hätten annehmen können, ohne das Gesetz damit zu gefährden, Anträge nämlich, solche Unfälle, die auf dem Wege von und zur Arbeit entstehen, mehr als bisher als Betriebsunfälle anzusehen, sowie bestimmte Gewerbekrankheiten (Weiberkrankheiten usw.) ebenfalls der Unfallversicherung zu unterstellen.

Wir glaubten diese allgemeinen Bemerkungen machen zu müssen, damit die Taktik unserer Kollegen in der Reichstagskommission von den christlichen Arbeitern verstanden wird, zumal vorauszuversetzen ist, daß die sozialdemokratischen Alles-oder-Nichts-Politiker nicht wenig gegen unsere Kollegen im Reichstage hegen werden. Im Nachfolgenden werden wir dann, wie bisher, so eingehend wie möglich über die Kommissionsverhandlungen berichten.

I. Die Gewerbeunfallversicherung.

Durch Beschluß der Kommission wurde der Unfallversicherung auch der Dampfschiffbetriebe unterstellt. Im übrigen sind die den Umfang der Versicherung betreffenden Paragraphen ziemlich unverändert angenommen. Zu den oben schon erwähnten Fragen, ob Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit und bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten, wie Vergiftungen usw., als Betriebsunfälle im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes zu betrachten und zu entschädigen sind, lagen Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums vor. Die Sozialdemokraten wollten jeden Unfall eines Arbeiters, der „auf dem notwendigen Wege nach und von der Arbeit“ entsteht, sowie alle „Erkrankungen, die durch die Arbeit im Betriebe herbeigeführt oder verschlimmert worden sind“, als entschädigungspflichtigen Unfall betrachtet wissen. Dagegen wurde eingewandt: man könne den Unternehmer, die doch allein die Beiträge zur Unfallversicherung aufbringen, nicht zwingen, Unfälle zu entschädigen, die beispielsweise dadurch entstehen, daß ein Arbeiter auf abschüssiger Straße auf der Fahrt nach Hause sein Fahrrad lassen lasse und dabei verunglücke, oder daß ein Arbeiter auf dem Nachhausewege wegen Trunkenheit zu Schaden komme. Ebenso könne nicht jede Krankheit, die durch die Arbeit im Betriebe entsteht oder verschlimmert werde, zu einem entschädigungspflichtigen Unfall gemacht werden. Wer wolle z. B. auch entscheiden, ob die Lungenschwindsucht eines Webers eine Folge der Arbeit des Webers sei. Der Begriff „Unfall“ bedeute doch etwas ganz anderes, als was in dem sozialdemokratischen Antrage über Berufskrankheiten gebacht ist. Andererseits ist nicht zu verstehen, daß das bisherige Recht den Begriff „Betriebsunfall“ bei Unfällen auf dem Wege von und zur Arbeit und den Begriff „Unfall“ bei Berufskrankheiten zu sehr einengt. Es wurde deshalb beantragt, dem § 566 folgenden Absatz 2 beizufügen:

„Soweit Unfälle auf dem Wege nach oder von der Betriebsstätte als Betriebsunfälle gelten sollen, bestimmt das Reichsversicherungsamt.“

Das Reichsversicherungsamt ist bei Prüfung dieser Art Unfälle immer auf die Frage angewiesen, ob sie in unmittelbarem Bereiche der Betriebsstätte entstanden sind. Durch Annahme des Antrags wäre es in die Lage gesetzt worden, aus den von ihm gesammelten Erfahrungen heraus zu bestimmen, inwieweit das ferneren noch Unfälle auf dem Wege nach und von der Betriebsstätte als Betriebsunfälle zu betrachten seien, um so einerseits die Härten, die das jetzige Recht in sich schließt, zu beseitigen, andererseits aber auch die Unternehmer vor einer Belastung zu bewahren, die man ihnen billigerweise nicht zumuten kann. Betreffs Berufskrankheiten lautet ein Zentrumsantrag:

„Durch Beschluß des Bundesrats kann die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden.“

Dabei hätte man Berufskrankheiten im Auge, die nach den Ergebnissen der medizinischen Wissenschaft als direkte Folge der Betriebsfähigkeit anzusehen sind, z. B. Witzbrand der Arbeiter in den Zigarrenfabriken, bestimmte Krankheiten der Arbeiter in chemischen Fabriken usw. Diese Berufskrankheiten im Gesetz aufzuführen, ging nicht, der Reichstagspräsident hat, noch mehr aber deshalb nicht, weil die Arbeit der medizinischen Wissenschaft auf diesem Gebiete noch zu wenig abgeschlossen ist. Die Regelung sollte deshalb Bundesratsverordnungen vorbehalten bleiben, weil diese den Ergebnissen der medizinischen Wissenschaft schneller angepaßt werden können, als ein alle Jahre erneuertes Gesetz durchlaufendes Reichsgesetz. Weder aber wurden beide Anträge abgelehnt.

Desgleichen wurde ein weiterer Antrag von der Mehrheit konservativer, Reichspartei, Nationalliberalen und Freisinniger abgelehnt, Betriebsbeamte mit einem Gehalt bis zu 5000 M

der Unfallversicherung zu unterwerfen anstatt 3000 M der Regierungsvorlage. Dem § 570 der Regierungsvorlage, der die freiwillige Selbstversicherung der Unternehmer regelt, wurde von der Kommission folgender Absatz beigelegt:

„Die Zahlung kann bestimmen, daß die freiwillige Versicherung außer Kraft tritt, wenn der Beitrag nicht innerhalb der gesetzlichen oder satzungsmäßigen Frist bezahlt worden ist, und daß eine Neuauflage solange unwirksam bleibt, bis der rückständige Beitrag entrichtet worden ist.“

Der § 576 sagt:

„Hat der Verletzte sich den Unfall beim Begehen einer Handlung, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen ist, zugezogen, so kann der Schadenersatz ganz oder teilweise verlagert werden.“

Trotz des lebhaften Widerspruches der preussischen Bergwerksverwaltung wurde hierzu folgender Antrag des Zentrums angenommen, und zwar der Eigentümlichkeit halber, weil die Arbeitsordnungen im Bergbaubetrieb polizeilichen Charakter tragen:

„Die Verletzung bergpolizeilicher Verordnungen gilt nicht als Vergehen im Sinne des vorstehenden Absatzes.“

Seitens der Kommissionsmehrheit wurde anerkannt, daß es nicht selten vorkomme, daß Unfallversicherungsvorschriften deshalb nicht können beobachtet werden, weil sie zu unzumutbar wären. Sie hatte deshalb schon vorher dem § 576, welcher lautet:

„Dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen steht kein Anspruch zu, wenn sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben.“

noch folgenden Absatz 2 hinzugefügt:

„Fahrlässigkeit, selbst grober Irr, oder verbotwidriges Handeln scheidet den Erlass des Schadens nach § 574 nicht aus.“

Um diesen Kommissionsbeschluß, der bei vernünftiger Auslegung des Gesetzes überflüssig ist, verstehen zu können, sei der § 574 wörtlich wiedergegeben:

„Gegenstand der Versicherung ist der in den folgenden Vorschriften bestimmte Erlass des Schadens, der durch Körperverletzung oder Tötung (im Betriebe. D. Verf.) entsteht.“

Abgelehnt wurden dann folgende §§ 582 und 583 der Regierungsvorlage, die nichts anderes als eine Konzession an die Gegner der kleinen Renten waren:

§ 582. „Renten, die in Höhe von einer Fünftel der Vollrente oder weniger gewährt werden, können auf eine Vorausbestimmte Zeit beschränkt werden. Dabei ist die voraussichtliche Dauer der Einbuße an Erwerbsfähigkeit maßgebend.“

Die zeitliche Beschränkung ist nicht anfechtbar; sie fällt von selbst weg, wenn im Spruchverfahren die Rente über das Fünftel erhöht wird.“

§ 583. „Ist der Verletzte nach Ablauf der voranzbestimmten Zeit noch in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt, so kann er eine neue Feststellung der Rente verlangen.“

Das Entschädigungsrecht gilt, wenn die Rente im Voraus für bestimmte Zeiten verschieden hoch bemessen ist. Die neue Rente kann nur für die Zeit nach Anmeldung des Anspruchs verlangt werden.“

Die Kommissionsmehrheit war der Ansicht, daß die beiden Paragraphen nichts anderes seien als eine Verschiebung der Beweislast vom Versicherungsträger auf den Rentenempfänger. Was an den beiden Paragraphen berechtigt sei, könne der Versicherungsträger auch nach dem bisherigen Recht erreichen, welches deshalb wieder herzustellen sei. Nach dem bisherigen Recht kann die Berufsgenossenschaft ja auch durch Zustellung eines neuen Bescheides an den Versicherungsnehmer die Rente kürzen, wenn sich der Zustand des Verletzten gebessert hat. Den Beweis dafür aber muß die Berufsgenossenschaft in dem etwa entstehenden Rentenstreitverfahren bringen.

Rundschau.

Eine Sondernummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“
(Nr. 43) zugunsten der christlichen Gewerkschaften richtet sich an die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine. In meisterhafter Weise wird auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen. Die Frage „Was die Stunde lehrt“ wird einleitend beantwortet, daß mit der Gesundung unseres Wirtschaftslebens eine Periode frischen Strebens und eine Zeit der Saat und Ernte für unsere gewerkschaftlichen Organisationen anbricht. Wem soll nun die Ernte gehören? Der Partei der Volksvergiftung, des Klassenkampfes, des Glaubens- und Kirchenhasses oder der christlichen Arbeiterchaft? Wird die Zukunft Freiheit der Gewerkschaften und der Organisation lassen, oder werden sich die christlichen Arbeiter in das Thranenjoch des sozialistischen Siegers beugen müssen? Diese Frage aufwerfen, heißt die Notwendigkeit einer Massenpartei der christlichen Gewerkschaften betonen. Wohl haben die christlichen Gewerkschaften während der letzten Hochkonjunktur 200 000 Mitglieder gewonnen, die Sozialdemokraten dagegen eine Million. Das schreiende Mißverhältnis muß beseitigt werden und wäre leicht möglich, wenn nur alle katholischen Arbeiter vom gefährlichen Schlafe erwachen, ihre Organisationspflicht erkennen und opferbereit danach handeln wollten. Eingehend werden alsdann die Fragen, warum wir uns organisieren, behandelt, genauer Aufschluß über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland und ihren Tendenzen gegeben, die Gründe untersucht, warum viele der Gewerkschaft fernbleiben, was in den Arbeitervereinen zu geschehen hat, um die Mitglieder den christlichen Verbänden zuzuführen usw. Wir können diese musterartige Nummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ dem Studium unserer katholischen Kollegen aufs angelegentlichste empfehlen, da sie vorzügliche Waffen im gewerkschaftlichen Kampfe bietet.

Die Scharfmacher an der Arbeit. Am 27. Oktober hielt der Zentralverband deutscher Eisen- und Stahlindustrieller seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach der „Kreuzzeitung“ stellte der Generalsekretär Buel zunächst eine Annahme an Streiks fest. Die Kämpfe seien einige Zeit hindurch für die Arbeiter immer ungünstiger geworden, was wohl auf den Zusammenbruch der Arbeitgeber zurückzuführen sei. Die Notgedrungen von den Arbeitgebern aufgenommene Taktik der Auslieferung hätte sich bewährt. Infolgedessen hätte man angenommen, daß die Arbeitgeber schließlich doch gegenüber den Arbeiterorganisationen den Sieg davontragen würden. Das habe sich geändert. Der Kampf im Baugewerbe habe mit einer Niederlage der Arbeitgeber geendet. Er sei aber auch sehr schlecht vorbereitet gewesen. Von noch größerer Bedeutung sei der Ausgang des Wertarbeitersstreiks gewesen. Auch hier hätten die Besitzen fast in jeder Beziehung nachgegeben. Worauf dies zurückzuführen ist, sei ihm nicht ganz bekannt. Jedenfalls hätte das zur Arbeitgeberorganisation gehörende Baugewerbe in Gumburg, Sieritz usw. die ausgeperrten Metallarbeiter aufgenommen. Die dritte schwere Niederlage hätten die Arbeitgeber in Bremen erlitten. Die Industrie werde über kurz oder lang vor die Frage gestellt werden, ob sie die Gewerkschaftsorganisation brechen

wolle, wozu außerordentliche Opfer gehören, oder ob sie sich, wie dies schon unter den Buchdruckern der Fall ist, den Gewerkschaften beugen will. Dabei werde das Vorgehen der Arbeiter in den Organisationen immer schlimmer, die Koalitionsfreiheit werde zum Koalitionszwang. Hauptächlich das Streikpostenflehen müsse bekämpft werden. In Moabit sei die Masse zur Revolte übergegangen, als die Polizei die Arbeitswilligen schloß. In republikanischen Staaten gehe man demgegenüber ganz anders vor. Die Bedrohungen der Arbeitswilligen kämen nicht in die Öffentlichkeit, weil zu ihrer Verfolgung persönliche Anzeige nötig sei; jeder Arbeiter aber, selbst der, der halb totgeschlagen werde, erlachte die Anzeige nicht, weil er sonst in seiner wirtschaftlichen Entwicklung für sein ganzes Leben lahmgelegt sein würde. Man gehe schweren Zeiten entgegen, auch auf wirtschaftspolitischen Gebiete. Für diese Zeit bilde er die Mitglieder, das Interesse dem Verein bewahren zu wollen, lieber die Diskussion, in der die Arbeiterfrage die Hauptrolle spielte, wird leider nichts berichtet. Das sind allerdings für ein Scharfmacherherz betrübende Feststellungen, wie sie Herr Buel machen mußte. Im übrigen läßt Herr Buel erkennen, daß auch die Metallindustrie vor der Entscheidung steht, entweder mit einem Machtkampf die Gewerkschaftsorganisation zu zertrümmern oder sie anzuerkennen. Ersteres wird nicht gelingen, letzteres wird sich als notwendig erweisen. Etwas zum Nachdenken für „Eis Berlin“.

Wachsende Einsicht. Die organisierten Malermeister in Worms ließen ihren Gehilfen folgendes Schreiben zugehen:

An die Herren Gehilfen!
Die Erfahrung hat gelehrt, daß nur ein einmütiges Zusammenarbeiten von Meistern und Gehilfen, die naturgemäß aufeinander angewiesen sind, die wirksame Durchsetzung unseres neuen Reichstarifvertrages ermöglicht und daß nur eine straffe Organisation beider Vertragsparteien eine sichere Garantie hierfür bietet. Die Ansichten über den Wert einer Organisation haben sich seit Einführung des Reichstarifvertrages wesentlich geändert und der Anschluß an eine solche hat sich für beide Teile als notwendig erwiesen. Die überwiegende Mehrzahl der hiesigen Meister ist bereits organisiert und wünscht nun, daß ihre Herren Gehilfen sich ebenfalls einer der bestehenden Organisationen anschließen möchten.

In unserer am 11. August l. J. stattgehabten außerordentlichen Hauptversammlung wurde deshalb der einstimmige Beschluß gefaßt, vom 1. Januar 1911, von wo ab wir wiederum einen Pfennig Lohnzuschlag pro Stunde zu zahlen haben, nur noch organisierte Gehilfen einzustellen.

Wir ersuchen Sie deshalb freundlich, sich darauf vorzubereiten, und geben Ihnen im Nachstehenden die bezüglichen Adressen bekannt, um sich nach Belieben zwecks Anstufung über die Bedingungen der Aufnahme usw. mit einem oder dem anderen der betr. Herren baldmöglichst in Verbindung setzen zu können.
Worms, 1. Oktober 1910. Der Vorstand.

Wir fügen dem Schreiben nichts hinzu, da es genug für sich redet.

Gemeinheiten belästiger Sozialdemokraten gegen unsern Kaiser.

Belastlich besuchte Kaiser Wilhelm II. in der Zeit vom 26. bis 29. Oktober den König von Belgien in dessen Hauptstadt Brüssel. Dies benutzten die belgischen Sozialdemokraten ähnlich wie die deutschen gegen den russischen Kaiser, zu einer widerlichen Geze gegen unseren Kaiser. Neben einem Protestmeeting ließen sie ein mit den bösehaftesten Angriffen frohendes Plakat an den Anschlagäulen anhängen, welche „Freiheit“ ihnen das belgische Gesetz erlaubt. Dieser eklatante Bruch der Gastfreundschaft hat die Brüsseler Bürgererschaft geradezu empört, und war der Empfang Wilhelm II. ein glänzender. Wohl selten sind einem Monarchen begeisterte Ovationen entgegengebracht worden. Das Interessante ist, daß die ersten Führer der belgischen Sozialdemokratie, darunter der Millionär Vandervelde, sich ins Ausland verdrückt hatten, und die niederen Geister allein den Spektakel ausführen ließen. Die Frauen und Töchter der roten Führer rissen sich dagegen um die Karten, um an den arrangierten Festlichkeiten teilnehmen zu können. Die Tochter eines Sozialistenführers überreichte sogar unserer Prinzessin einen Blumenstrauß. Eine gottvolle Polemik hat sich aus diesem Verhalten der belgischen roten Führer in der dortigen Presse abgespielt. Der Masse gegenüber der blutige Revolutionär, alsdann doch gerne bei höfischen Festen. Ach ja!

Der Generalstreik der französischen Eisenbahner vor der französischen Kammer.

Nun hat sich die französische Kammer mit dem Generalstreik der Eisenbahner durch vier Sitzungen hindurch befaßt, und dem ehemaligen Radikalsocialisten und Propagator des Generalstreiks, heutigen Ministerpräsidenten Briand mit 388 gegen 94 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Bekanntlich schlug Briand den Generalstreik mit allen ihm zu Gebote stehenden militärischen Machtmitteln nieder. Die Sitzungen waren sehr stürmisch, es kam zu einem ungeheuren Skandal, wobei ein radikaler Sozialdemokrat seinen ehemaligen Kollegen Briand verhaufen wollte. Die Entrüstung gegen Briand steigerte sich noch, als er, zu den Sozialdemokraten gewandt, ausführte:

„Sie beklagen, daß die Mobilisation der Eisenbahner gescheitert war. Sie war es aber. Selbst wenn die Gehege nicht gestaltet hätten, so hätte die Regierung — und ich sage das auf die Gefahr hin, die äußerste Linke in Entzückung zu versetzen — eben zur Ungeheuerlichkeit greifen müssen.“

Das ist allerdings sehr stark, besonders wenn man erwägt, daß dies in einem republikanischen und angeblich demokratischen Staate gesagt wird. Wenn der erste Beamte eines Staates nicht mehr Respekt vor dem Gesetze zeigt, wie es hier der ehemalige Radikalsocialdemokrat Briand tut, dann ist das allerdings sehr schlimm. Das sind offenkundige Staatsverbrechen. Trotzdem erhielt Briand ein Vertrauensvotum mit überwältigender Majorität. Und die Eisenbahner? Das sind die Betrogenen, und wird ihnen höchstens ihr Koalitionsrecht beschnitten werden. Trotzdem rufen die „Genossen“: „Es lebe die freie Republik“, „Frei“, ja „frei“! Da halten wir es lieber mit der Monarchie.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Köln, die Arbeiter des Zwischenmeisters Kurth aus Bonn, Dorfmar (Streik der Maurer), Lemnath (wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages die Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke, Abteilung Lemnath, bis auf weiteres für Maurer, Wertber i. W., Lage i. L. (Streik), Schweicheln bei Herford i. W. (Sperrung über die Neu- und Umbauten der Firma Althof und Bakemeier aus Herford) Düsseldorf, die Firma Jensen für Zimmerer, Neuf (Streik der Schulkateure und Puzer), wegen Zwischenmeister die Plattenwerke, Selsenkirchen die Firma Stolze. Zugug ist fernzuhalten.

Serick Soßum.

Weiderich. (Stullateure.) Endlich ist es mal gelungen, auch für das hiesige Gebiet einen Tarifvertrag ab-

zuschließen. Schon im Jahre 1906 wäre es möglich gewesen, ein tarifliches Verhältnis zu schaffen, wenn nicht eine große Untereinstimmigkeit unter den damaligen Kollegen eingetreten wäre. Die gewaltige Bewegung im Baugewerbe dieses Jahr hat jedoch auch hier die Kollegen aufgerüttelt, so daß wir jetzt sagen können, die Mehrzahl gehört unserer Organisation an. Nun ist Weidereich, Beck und Saar in die Großstadt Duisburg eingemeindet, obgleich es wirtschaftlich weniger damit zusammenhängt, als es scheint. Die Mehrzahl der Arbeiter in Duisburg hat sich für die Organisation der Duisburger Arbeitervereine, worin man um eine mündliche Aussprache nachsicht. Hierüber regt sich nun das Verbandsorgan der Arbeitgeber hinsichtlich auf, indem es in Nr. 18 schreibt: „Die Gehilfen hatten es also, um das Verfahren zu vereinfachen, fertiggebracht, Exemplare des Duisburger Vertrages vorzulegen.“ Ja, Herr Bientka, ist denn das so etwas Verwunderliches, wenn man in einer Stadt überall dieselben Arbeitsbedingungen einführen will? Die Verhandlungen, an denen auch die Arbeitgeber von Saar, Beck und Hamborn teilnahmen, führten zum Abschluß eines Vertrages, dessen Hauptpunkte kurz folgende sind. Die Arbeitszeit, welche bisher 10 bis 11 Stunden betrug, ist bis 31. August 1911 eine 10stündige, ab 1. September 1911 tritt die 9stündige Arbeitszeit ein. Der Stundenlohn betrug bisher 60 bis 65 Pf., derselbe steigt sofort auf 67 Pf., ab 1. Januar 1911 auf 70 Pf., ab 1. September 1911 auf 72 Pf. Die Akkordpreise, sowie die sonstigen Bestimmungen, werden sich im wesentlichen mit dem Duisburger Vertrage. Geltung hat der Vertrag bis 31. März 1913. Als Vertragskontrahent kommt seitens der Arbeiter nur unser Verband in Frage.

Bezirk Köln.

Aachen. In Nr. 42 der „Baugewerkschaft“ berichteten wir, daß unser Verband Feststellungen gemacht habe, wie die Lohn-erhöhung seit dem Tarifabschluß 1907 für den einzelnen Kollegen der Maurer und Bauhilfsarbeiter eingetreten sei. Aus dieser Feststellung ging hervor, wie die Staffellöhne von den Unternehmern benutzt worden sind und noch werden, um dem Kollegen den rechtmäßig verdienten Lohn vorzuenthalten. Durch den Staffellohn haben sie eine Hintertür, den Höchstlohn zu umgehen, während, wenn der Einheitslohn bestehen würde, sie den bestimmten Lohnsatz zahlen müßten. Bei den Verhandlungen in dem 17wöchigen Streik 1907 haben unsere Vertreter ganz energisch auf diese Folgen hingewiesen. Die Unternehmer erklärten, sie würden ehrlich den Lohn demjenigen zahlen, der ihn verdiente. Was hat die Erklärung gezeigt? Kollegen, welche in der guten Konjunktur damals den Höchstlohn und noch mehr hatten, wurden, nachdem sie bei einem anderen Unternehmer in Arbeit getreten waren und mittlerweile eine flauere Konjunktur eintrat, mit dem Mindestlohn abgespeist. Trotzdem wandte der deshalb in Anspruch genommene Unternehmer ein, daß er doch den Tariflohn bezahle. Leider wollten die Kollegen von einem Eingreifen der Organisation nichts wissen, weil sie befürchteten, arbeitslos zu werden. Unser Verband hat nicht gerührt, auch Material zu sammeln, um bei neuen Tarifberatungen die Forderung des Einheitslohnes für Aachen zu begründen.

Die vorerwähnte Feststellung über die eingehaltene Lohn-erhöhung ist von unserem Verband dem Arbeitgeberverbande unterbreitet worden, und zwar in einer Weise, die nicht angezweifelt werden kann. Wir haben dort mit Namen gedient. Diese Feststellung ist dem Arbeitgeberverband sehr auf die Nerven gefallen, zumal wir die Drohung damit verbunden haben, daß wir dieses Material 1913 an anderer Stelle unterbreiten würden, um die Einführung des Einheitslohnes zu begründen. Dieses hat bewirkt, daß der Arbeitgeberverband von Aachen ein Rundschreiben an seine Mitglieder versandte, folgenden Inhalts:

Aachen, den 10. Okt. 1910.

An unsere Herren Mitglieder der Abteilung der Maurer! Die Arbeitnehmer-Gewerkschaften haben ein Schreiben an uns gesandt, in welchem dieselben behaupten, und durch eine beiliegende Liste zu beweisen suchen, daß die Arbeitgeber im hiesigen Maurergewerbe die seit 1907 durch Tarif festgelegten Lohnhöhlungen nicht eingehalten hätten. In der betreffenden Liste stellen dieselben 151 Arbeiter (98 Maurer und 53 Handlanger) auf, welche die Lohnhöhung nicht wollen erhalten haben, mit Angabe derjenigen Arbeitgeber, bei welchem dieselben Ende August dieses Jahres, an welchem Tage die Statistik von den Gewerkschaften aufgenommen worden ist, beschäftigt waren. Aus dieser Aufstellung ist aber nicht zu ersehen, bei welchem Arbeitgeber diese Arbeiter 1907 in Arbeit waren. Bevor wir dieses Letztere nicht wissen, können wir den Behauptungen der Arbeiter nicht entgegenreten.

Wir können nicht annehmen, daß die Angaben der Arbeiterführer richtig sind. Da dieselben aber auf deren Richtigkeit bestehen, und in ihrem Schreiben vom 24. 9. d. J. sogar drohen, diese von ihnen gemachte Statistik als Material gegen die hier eingeführten Staffellöhne zu benutzen, müssen wir unter allen Umständen, und zwar so rasch wie möglich, auf Wahrheit beruhendes Material sammeln, damit wir die so schwer erkämpfte Staffellöhne nicht preisgeben brauchen.

Um feststellen zu können, inwieweit die Angaben der Arbeiterführer richtig sind, bei welchem Arbeitgeber die aufgeführten Arbeiter im Jahre 1907 gearbeitet, und welche Löhne dieselben 1907 nach dem Tarifabschluß, 1908 nach dem 1. April, und 1909 nach dem 1. April, und 1910 nach dem Tarifabschluß erhalten haben.

Auch sind Sie in der Liste aufgeführt und werden beschuldigt, die in beiliegender Liste aufgeführten Arbeiter nicht nach dem Sinne des Tarifes ausgelöhnt zu haben.

Wir bitten Sie deshalb ebenso höflich wie dringend, diese Angaben zu machen und uns dieselben umgehend zukommen zu lassen, da die Sache eilt.

Zu unserm Schutze müssen wir Material haben, und werden zu diesem Zwecke von jetzt ab von Zeit zu Zeit statistische Aufnahmen machen, und vertrauen hierbei auf die Unterstützung unserer Herren Mitglieder.

Der Vorstand.

I. A.: Heiner, J. Siegrath, Vorsitzender.
Unsere Kollegen können daraus ersehen, wie sehr den Herren Unternehmern die „so schwer erkämpften Staffellöhne“ am Herzen liegen. Um so mehr müssen wir dahin arbeiten, daß diese abgeschafft und 1913 der Einheitslohn erreicht wird. Leicht wird es nicht werden. Aber es kann und muß erreicht werden, damit in Zukunft unsern Kollegen eine gerechtere Entlohnung zuteil wird.

Neuß. (Stukkateure.) Unsere Vermutung in Nr. 42 der „Baugewerkschaft“, daß sich die Arbeitgeber jetzt wieder ihres Verbandes erinnern würden, ist eingetroffen. Die hiesigen Stuckmeister haben sich an den Verband selbständiger Stukkateure, Bildhauer usw. gewandt und sind in Gnaden aufgenommen worden, wie aus einer Einladung zu Verhandlungen des Unterbandvorsitzenden hervorgeht. Die Verhandlung, welche am 18. Oktober stattfand, brachte keine wesentliche Einigung, so daß ein neuer Termin auf den 25. Oktober angesetzt wurde. Da auch hier eine Einigung über die Lohnfrage nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen respektlos abgebrochen. Es werden die Vorkommnisse bei dem hiesigen Streik nicht zu den Alltagserscheinungen gehören, wodurch allerdings die Einigung nicht gerade gefördert wird. Ist es doch vorgekommen, daß einer unserer Kollegen von der

Frau eines arbeitswilligen Elementes ins Gesicht geschlagen wurde, weil er die Frage stellte, ob denn ihr Bitter nicht mitstreifen wollte. Daß es sich hier bei dem Bitter um einen Pantoffelhelden handelt, dürfte sich aus der Leistung einer solchen Frau ohne weiteres ergeben. Weiter erklärt der „Genosse“ Baues, früherer Stukkleiter der Roten, von einem Arbeitgeber am Freitag, den 21. Oktober, abends von hinten überfallen zu sein, allerdings ist die Quittung anders ausgefallen, wie sich der Arbeitgeber gedacht hat, indem er mit blauen Augen herumläuft. Bieweit den einen oder anderen Teil die Schuld trifft, muß das Gericht entscheiden. Wir verurteilen derartige Vorkommnisse entschieden und sind überzeugt, daß unsere Kollegen wohl zwischen Person und Sache unterscheiden können. Wir treten entschieden für die Hebung der wirtschaftlichen Lage unserer Kollegen ein, die besonders in Neuß eine traurige ist, ohne jedoch den Arbeitgebern persönlich einen Groll nachzutragen oder gar handgreiflich zu werden. Wenn dieses seitens der Arbeitgeber nicht verstanden wird, so bebauern wir das sehr. Zur Lage der Bewegung selbst sei mitgeteilt, daß trotz der größten Anstrengungen es den Arbeitgebern nicht gelungen ist, Streikbrecher zu bekommen. Auch haben die schwarzen Listen, welche neben den Namen (die eine ganze Reihe Unrichtigkeiten enthalten) auch die Geburtsdaten enthalten (Woher? Vielleicht Krankenkasse?), nicht vermocht, irgendwie zu verhindern, daß alle Kollegen bis auf die Leitung anderweitig Arbeitsgelegenheit fanden. Sorge man dafür, daß allezeit der Zugang von Stukkateuren und Pliestereern nach Neuß ferngehalten wird, es wird dann nicht allzu lange dauern, daß neben der einen Firma, welche die Forderung anerkannte, weitere kapitulieren müssen.

Bezirk Hannover.

Bremen. Einen interessanten Schiedsspruch fällt das Bremer Schiedsgericht für das Baugewerbe. In Oldenburg hatten die Arbeitgeber am 25. Juli d. J. den Beschluß gefaßt, einen unparteiischen Arbeitsnachweis einzurichten, jedes Mitglied des Arbeitgeberverbandes zu verpflichten, ihren Bedarf an Arbeitskräften nur durch diesen Arbeitsnachweis zu beziehen. Auf anderem Wege eingestellte Arbeiter mußten wieder entlassen werden; für Zuwiderhandlung war eine Strafe von 5 M festgesetzt. Die Arbeitgeber nannten dieses nicht Strafe, sondern geschmackvoller „Gebühr“. Der Arbeitsnachweis wurde von den Arbeiterorganisationen gesperrt. Die Sache wurde dann vor die zweite Instanz, das obengenannte Schiedsgericht, gebracht, welches am 20. Oktober nach langer Diskussion folgenden Spruch fällt:

Es ist den Organisationen unbenommen, Arbeitsnachweise einzurichten, ihren Mitgliedern zu empfehlen und dafür eine Gebühr von ihren Mitgliedern zu erheben. Der Streikbeschluß des Oldenburger Arbeitgeberverbandes vom 25. Juli 1910 hat zu fallen und soll nicht die von den Arbeitnehmerorganisationen über den Arbeitsnachweis verhängte Sperre aufzuheben. Herr Rechtsanwalt gab im Namen des Oldenburger Arbeitgeberverbandes die Erklärung ab, daß der im Schiedsspruch genannte Satz falle.

Darauf gaben die Vertreter der Arbeitnehmer die Erklärung ab, daß die über den Arbeitsnachweis verhängte Sperre aufgehoben werde.

gez.: Dr. Steengrafe. gez.: Proetel.

Stempel des Bremer Gewerbegerichts.
In der Sitzung war seitens der Arbeitervertreter darauf hingewiesen, daß ein solcher Beschluß, wie ihn die Oldenburger Arbeitgeber gefaßt hatten, im vollen Widerspruch mit dem Absatz 2 des § 10 (Allgemeines) des neuen Vertrages stehe, denn von freiem Ermessen des einzelnen Arbeitgebers kann bei solchen Beschlüssen der Arbeitgeberorganisationen keine Rede mehr sein. Dieser Ansicht schloß sich auch der Vorsitzende des Schiedsgerichtes an, aber auch die Vertreter der Arbeitgeber stimmten nach einigem Zögern dem Schiedsspruch zu.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 6. November der sechsunddreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Stukkateure.

M.-Gladbach. Am Donnerstag, den 13. Oktober, hielt die hiesige Zahlstelle der christlichen Stukkateure ihre monatliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Gerhards eröffnete gegen 7 1/2 Uhr dieselbe und berichtete über den Stand der Zahlstelle. Erfreulicherweise ist die Mitgliederzahl von 40 Kollegen, welche wir zu Ende der Bewegung (Juli dieses Jahres) aufzuweisen hatten, auf ca. 80 gestiegen. Dies zeugt von einer regen Agitationsarbeit, welche aber auch nicht nachlassen darf, bis der letzte Judifferente unserer Organisation angehört. Mit dem 1. Oktober hätte hier der Einheitslohn von 57 Pf. für Stukkateure und 52 Pf. für Pliestereer gezahlt werden müssen, doch die eingegangenen Fragebogen belehrte die Kollegen, daß dies noch in mangelhafter Weise durchgeführt ist. Deshalb beantragte Kollege Schwarz, eine Schlichtungskommission zuzusenden, um den Tarif in allen Teilen zur Durchführung zu bringen. Kollege Rüppers wies noch besonders darauf hin, daß dem inneren Ausbau der Zahlstelle noch mehr Beachtung geschenkt werden müsse, was eine intensivere Arbeit des Vorstandes erfordert. Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die Vertrauensmänner für die Folge zu den Vorstandssitzungen eingeladen. Nachdem nun auch noch der Lokalbeamte Schwarz in bescheidener Weise zur eifrigen Mitarbeit an die Kollegen appelliert hatte, wurde die Versammlung mit dem Wunsche geschlossen, daß der Besuch der folgenden Versammlungen eine immer größere Zahl aufweisen möge.

Maurer.

Breslau. Der „Grundstein“ bringt in Nr. 44 unter Breslau eine Notiz über christliche Wahrheitsliebe und kommt auf den von uns in Nr. 41 der „Baugewerkschaft“ gebrachten Bericht zurück, worin wir dem sozialdemokratischen Beamten den Vorwurf machen, er hätte für einige Orte im Landkreise I Breslau Abmachungen getroffen, wonach der erhöhte Stundenlohn erst im nächsten Jahre in Kraft tritt. Der sozialdemokratische Beamte Bachmann hat sich dieserhalb an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes in Breslau-Land gewandt, und es wird ihm von dort mitgeteilt, daß irgendwelche Sonderverhandlungen mit Herrn Bachmann nicht stattgefunden hätten. Wir wollen die Angelegenheit nicht weiter untersuchen, bleiben jedoch bei unserer Notiz in Nr. 41 der „Baugewerkschaft“ und können nur nochmals konstatieren, daß uns nichts davon bekannt ist, daß der erhöhte Stundenlohn erst im nächsten Frühjahr in Kraft tritt. Auch in den Protokollen ist davon nichts enthalten. Mag aber beiderseits zur Entschuldigung angeführt werden, was will, wie können nur bei unserem Bericht bleiben, daß es ohne unser Wissen festgelegt worden ist, und dieses ist ganz entschieden zu verurteilen.

Hannover-Böhren. Am 6. Oktober hielt unsere Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Als Referent

war unser Bezirksleiter Kollege Zumbrodt erschienen, welcher uns einen sehr lehrreichen Vortrag hielt. Neben besprach zunächst kurz die vergangene Aussperrung und welche Erfolge dieselbe hat. Des weiteren behandelte er die Aufgaben der Zukunft, auf welche wir nun unser Augenmerk zu richten haben. Der verfloßene Kampf habe bewiesen, daß die Organisation noch weiter gestärkt und ausgebaut werden müsse. Besonders Augenmerk sei auf die Stärkung der Verbandskasse zu richten. Ein jeder Kollege müsse nunmehr pünktlich seine Beiträge entrichten, um so von neuem einen starken Fonds zu sammeln, denn eine starke Kasse ist das Herz der Bewegung. Des weiteren ging Redner auf den Nachwuchs in der Baugewerkschaftsbewegung ein. Die Jugend zu gewinnen muß unsere Aufgabe sein. Wer die Jugend hat, dem gehört auch die Zukunft. Zum Schluß ermahnte Redner alle Kollegen, mehr noch wie bisher an der Ausbreitung unseres Verbandes tätig zu sein, dann wird auch unser Verband zunehmen, an Mitgliedern, wie auch an Vermögen. Zum Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Vorstandswahl vorgenommen und Kollege Franz Döring wieder zum ersten und Karl Barnowski zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Lud. Brömmann wiedergewählt, als zweiter Kollege Fritz Marquardt. Alle gewählten Kollegen nahmen das Amt an und versprachen nach besten Kräften mitzuarbeiten. Nachdem Kollege Zumbrodt noch den neugewählten Vorstand ermächtigt hatte, sein Möglichstes zu tun für die Ausbreitung unseres Verbandes, wurde die Versammlung geschlossen.

Hersford i. W. Im Einverständnis der Bezirksvorstände von Paderborn und Hannover fand in Hersford im Lokale „Adersturnhalle“ eine gemeinschaftliche Konferenz am 2. Oktober für das Minden-Ravensberger und Lipper Land statt. Von Hannover war Bezirksleiter Kollege Zumbrodt erschienen. Stollge, Werner-Paderborn war leider verhindert. Die Präsenzliste zählte 35 Delegierte, welche ca. 750 Mitglieder vertraten. Als ersten Punkt behandelte Kollege Zumbrodt die Aussperrung im Baugewerbe unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse. Die Aussperrung, welche am 16. April ihren Anfang nahm, war frivol von Seiten der Arbeitgeber heraufbeschworen, um möglichst die Organisationen zu zerstückeln. Es war dieses die größte Bewegung, welche die Organisationen zu befehlen hatten. Aus den kleinen örtlichen Kämpfen, welche bisher stattgefunden hatten, ist jetzt die Arbeitgeber die große Aussperrung, welche mit einer erheblichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen der deutschen Bauarbeiter endete. Der aufgestellte Mustersatz der Arbeitgeber knickte hofflos in sich zusammen, dagegen erzielten die Arbeiterorganisationen eine Verbesserung des Lohnes um 5 Pf. die Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde. Manches Kreis- und Landräthchen wäre es nicht gelungen, diese Verbesserungen durch einen Lohnkampf zu erreichen. Nun liegt es an der Arbeiterschaft selbst, daß das Erreichte auch durchgeführt wird, um eventuell dem zukünftigen Kampf 1913 gerüsteter gegenüberzutreten. Ein Augenmerk müssen wir auf den letzten Kampf werfen, nämlich die Opferwilligkeit der Kollegen muß eine intensiver werden. Hätte die letzte Generalversammlung die besonderen Maßnahmen nicht getroffen, so wäre es den Verbänden unmöglich gewesen, die besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Darum, Kollegen, rufen wir euch zu: „Einer für alle und alle für einen!“ Zum zweiten Punkt wurden „unser nächster Aufgaben“ behandelt. Kollege Werner, welcher dieses Referat übernommen hatte, war leider verhindert, darum nahm Bezirksleiter Zumbrodt das Wort. Er führte aus, ein jeder müsse dafür sorgen, der Verband finanziell zu stärken, um den Kampf 1913 um so sicherer führen zu können. Dann ist es aber auch Aufgabe der Ortsleitung, mehr brieflich mit dem Bezirk und der Zentrale in Verkehr zu treten, damit die führenden Kollegen einen Ueberblick über die Verhältnisse der deutschen Bauarbeiter haben. Nach diesem Punkte setzte eine rege Diskussion ein, an welcher sich sämtliche Delegierten beteiligten. Alle versprachen, das Gehörte auch in die Tat umzusetzen und ihre Person in den Dienst der christlichen Organisation zu stellen. Sodann liefen verschiedene Anträge ein: Die Konferenz wolle beschließen: „Sämtliche Zahlstellen, welche noch mit der Streitabrechnung im Rückstande sind, müssen dieselbe bis zum 15. Oktober einreichen, widrigenfalls sie in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht werden.“ Ferner: „Die am 2. Oktober 1910 in Hersford tagende Bezirkskonferenz für das Minden-Ravensberger und Lipper Land erucht den Zentralvorstand, für unseren gesamten Verband ein Adressen-Verzeichnis herauszugeben. Im hiesigen Bezirk ist es wiederholt vorgekommen, daß Kollegen, welche von der einen Stadt zur anderen reisen, uns dadurch verloren gehen, weil sie die Adresse der Vorstände nicht kennen. Die Konferenz beschließt ferner, daß jede Zahl- und Verwaltungsstelle in den nächsten Wochen im Ort selber sowie in den Nachbarorten eine intensive Hausagitation vornimmt und bis zum 20. Oktober dem Bezirksleiter den Verlauf derselben berichtet. Sodann wurde vom Kollegen Zumbrodt auf das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften hingewiesen, welches sich stets einer größeren Ausbreitung erfreue. Um 6 Uhr schloß der Vorsitzende Kollege Weisheit die Konferenz mit einem kräftigen Appell an die Delegierten der Konferenz.

Minden i. W. Hier in Minden zeigt sich gegenwärtig rege Agitationslust. Obwohl wir von gegnerischer Seite stark bekämpft werden und der Terrorismus kein Ende nehmen will, so treten doch unsere Kollegen fest und unentwegt für die Sache unseres Verbandes ein. Auf jede erdenkliche Art und Weise versucht man es, uns zum Uebertritt zu bewegen, ob es den Gegnern gelingen wird, ist eine andere Frage. Wenn wir nun nach den neuesten Reden der sozialdemokratischen Organisierten am Aussterben sein sollen, so können wir mitteilen, daß wir täglich neue Mitglieder aufnehmen und die Zahl der Kollegen von der Aussperrung bis jetzt sich verdoppelt hat. Wenn man solches „Aussterben“ nennt, so wollen wir es gerne guthießen! In Hilfe haben wir eine neue Zahlstelle gegründet und sie unserer Verwaltungsstelle angeschlossen, dann fand am 23. Oktober in dem nahegelegenen Dorfe Dankersen eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Oberdössel aus Bielefeld sprach über das Thema: „Die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“. Er hob besonders die Stellung der christlichen Gewerkschaften den Arbeitgebern und den sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber hervor. Sein Vortrag wurde von der zahlreich besuchten Versammlung unter starkem Beifall entgegengenommen. Es dann der Vorsitzende christlicher Bauarbeiter noch einige Worte anknüpfte und dann zur Diskussion aufforderte, zeigten die „Genossen“ eine große Verschwiegenheit. Auf die Aufforderung hin, daß alle christlich gesinnten Arbeiter sich einer christlichen Organisation anschließen möchten, meldeten sich nach Schluß der Versammlung eine Anzahl zum Uebertritt und andere ließen sich neu aufnehmen. Unablässig geht es trotz aller Feinde vorwärts. In alle christlich und national gesinnten Bauarbeiter rufen wir den Ruf: „Tretet dem Zentralverbande christlicher Bauarbeiter bei, denn dort könnt ihr eure Interessen als christlich-national gesinnte Arbeiter am besten vertreten.“

Paderburg. Wurde schon im Jahre 1905 der Versuch gemacht, hier eine Zahlstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes ins Leben zu rufen, so scheiterte derselbe an der damals vorhandenen Gleichgültigkeit der Paderburger Bauarbeiter. In diesem Frühjahr wurde erneut eingeseht, und darf jetzt gesagt werden, daß die Agitation gute Früchte getragen hat. Wesentlich zu diesem Erfolg hat nicht in letzter Linie das Verhalten der Unternehmer dazu beigetragen, die noch immer glauben, den bei ihnen beschäftigten Arbeitern im Punkte der Behandlung alles bieten zu dürfen. Nicht zu den Seltenheiten gehört es, daß die erteilten Aufweisungen in der größtmöglichen Form gegeben werden. Wörter wie „Lumpen“, „Schnitten“, „Sau-

tenzer", wenn auch das nicht paßt, so könnt ihr gehn", ich bringe euch auf den Schwung", usw., kann man sehr oft in den bestklingenden Tönen auf der Baustelle abwechselnd hören, ja oft bleibt es nicht bei diesen Titulationen, sondern die „Serren“ scheinen sich nicht, dabei handgreiflich zu werden. Allerdings von einer hohen Bildungsstufe zeugt ein derartiges Verhalten nicht. Daß dabei die Klassenlinie nicht fehlen dürfen, sei nur nebenbei erwähnt. Daß jeder Arbeiter das Bedürfnis hat, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, ist erklärlich. Notwendig jedoch ist vor allen Dingen, daß der Elfer in der Agitation nicht erlahmt. Mühe und Maß darf es nicht geben, so lange noch ein unorganisierte Bauarbeiter in Papenburg zu finden ist. Dabei muß die Weiterbildung durch fleißigen Versammlungsbetrieb gleichfalls betrieben werden. Gelegenheit dazu ist bis jetzt genug gegeben, ist doch seit Gründung der Bezirksstelle außer dem Kartellvorsitzenden Kollegen Schmitt unser Bezirksleiter Kollege Müller aus Münster schon dreimal hier gewesen, um über die verschiedensten Fragen aufklärende Vorträge zu halten. Am Sonntag sprach derselbe über die Bedeutung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. In der Tariffrage übergehend, streifte Redner die Papenburger Verhältnisse, dabei besonders hervorhebend, daß auch hier den vielen Mängeln am besten durch Abschluß eines Vertrages begegnet werden könnte. Mit einem dringenden Appell zu fleißiger Agitation für den christlichen Bauarbeiterverband schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion wurde noch auf die Notwendigkeit eines vollen Versammlungsbetriebes sowie fleißige Mitarbeit aller Kollegen hingewiesen und beschlossen, jeden letzten Sonntag im Monat die regelmäßigen Versammlungen abzuhalten. Im Schlußwort gab Kollege Müller noch einige beherzigenswerte Winke für die Agitation und den inneren Ausbau der Verwaltungsstelle. Darauf fand die recht anregend verlaufene Versammlung ihren Schluß. Kollegen von Papenburg! Das erste halbe Hundert Mitglieder ist erreicht, das kann und darf uns jedoch nicht genügen; drauf und dran, bis sie alle in unsern Reihen sich befinden. Dann wird es auch möglich sein, andere Verhältnisse in Papenburg zu schaffen.

Gaarbrüden. In der Nähe der Städte Oberstein-Haar, zum Gürtelwerk Bierenfeld gehörig, hat unsere Organisation seit kurzer Zeit ebenfalls Fuß gefaßt. Eine stattliche Anzahl von Kollegen aus den Orten Stippshausen, Bundenbach und Kaufersweiler haben sich der Organisation angeschlossen. Dies erregte den Neid der sogenannten „Freiorganisierten“ und zwar um so mehr, als die Obersteiner Gegend bisher als Domäne der Sozialdemokratie galt. Es läßt sich deshalb auch erklären, daß jede sich bietende Gelegenheit benutzt werden mußte, um ein weiteres Einbringen der christlichen Gewerkschaften zu verhindern. Am 11. September in den oben genannten Orten Versammlungen stattfanden, waren auch eine Anzahl „Genossen“ aus Oberstein erschienen, die einen Rabauausflug nach dem Hochwald unternommen hatten. Der „Grundstein“, das Organ des sozialdemokratischen Maurerverbandes, brachte in Nr. 39 unter der Ueberschrift „Christlicher Bauernfang“ einen Bericht von der Versammlung in Stippshausen, der von Verdrehungen und Entstellungen förmlich wimmelt. Zunächst ist es unklar, daß Kollege Weltum versucht hat, den sozialdemokratischen Redner an weiteren Ausführungen zu hindern. Auch ist es nicht richtig, wenn gesagt wird, derselbe habe auf Anfrage erklärt, sein Material bezüglich der Terrorismissfälle komme aus der Baugewerkschaft. Wichtig ist vielmehr, daß einige Fälle von sozialem Terrorismissus aus unserem Gewerkschaftsorgan bekannt gegeben wurden, z. B. wo der eigene Sohn den Vater entlassen mußte. Geradezu lächerlich muß es aber jedem Versammlungsteilnehmer vorkommen, wenn der Berichterstatter im „Grundstein“ behauptet, der Christ habe sich nicht geschämt, das Erfurter Programm falsch zu zitieren. Wenn diese Behauptung zutreffend wäre, warum hat dann der Angestellte des sozialdemokratischen Arbeiterverbandes aus Oberstein, der jedenfalls den Artikel fabriziert hat, dem Kollegen Weltum auf seine Anfrage wiederholt bestätigt, daß seine (aus dem Gedächtnis wiedergegebenen) Ausführungen über das Erfurter Programm richtig seien. Vielleicht kennt dieser „Stern“ am sozialdemokratischen Himmel das Erfurter Programm selbst nicht, was wir schon oft bei großen Maulhelden konstatierten konnten. Interessant war es, als ein Vorstandsmittglied der Maurerzahlstelle von Oberstein erklärte, er sei schon 5 Jahre Mitglied des Maurerverbandes, aber seine politische und religiöse Ueberzeugung sei weder in einer Versammlung noch im „Grundstein“ verkehrt worden. An der Hand von reichhaltigem Material wurde ihm aber das Gegenteil bewiesen, so daß er bei der Versammlung mit seiner Neutralität keinen Glauben fand. Sehr unangenehm scheinen auch die Ausführungen des Kollegen Waque den Freiheitshelden gewesen zu sein, als er auf das bekannte Werk des „Genossen“ Frohne, betitelt: „Arbeit und Kultur“ hinwies, wo die Entwicklung des Menschengeistes geschildert wird und der Verfasser auf Seite 20 und 26 sich zu folgenden Sätzen verweist:

„Im Urzustande war der Mensch ein affenartiges Wesen, mit angeerbter hockender Stellung, noch nicht entwickelt zum permanent aufrechten Gang und zur freien Armtätigkeit (S. 20). Die Grenze zwischen dem tierähnlichen Zustand des Urmenschen und seiner eigentlichen Menschwerdung liegt da, wo er, nachdem er die jenseitigen Endevolutionen überdauert, sich aus Eiszeiten und Sintflut gerettet, durch Gewöhnung zu einem aufrechten Gang gelangte (S. 26). Mit der Zeit lernte er einen erst zufälligen und später absichtlich abgebrochenen Zweig als Stütze oder als Angriff- und Verteidigungswaffe handhaben. Und an diesem Punkte in Verbindung mit der Gewöhnung an einen aufrechten Gang setzte sein Uebergewicht über die Tiere ein.“

Auf diese Weise versucht also der rote Maurerverband, der das Buch eigens für seine Mitglieder hat schreiben lassen, seinen Mitgliedern etwas mehr Kenntnisse über die „Naturwissenschaft“ zu übermitteln. Mit Recht bekantete sich vernünftige Leute für eine solche „Kultur“. Am Schluß seines wirklich famosen Versammlungsberichtes gibt dann der allen „voranleuchtende Genosse“ seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die von uns beabsichtigte Einsetzung bei allen „Denkenden“ und der Mehrheit der Versammlung nicht gelange: ... Natürlich rechnet er sich und seinen Anhang zu den „Denkenden“, denn christliche Gewerkschaftler sind bei den Notizen entweder Dummköpfe oder Verräter. Lassen wir ihm die kindliche Freude, den „Denkenden“ anzugehören. Die Hauptsache ist, daß die in der Versammlung angewendeten Maurer von Stippshausen so viel Denkfähigkeit besaßen, um nicht auf den sozialdemokratischen Simpelsang hereinzufallen und die roten Helmen wie begossene Pudel wieder abzuziehen mußten. Ohne eine Seele für den Sozialismissus gerettet zu haben, traten sie den Heimweg an. Wir können den Verren „Genossen“ nur unsern besten Dank abtrotzen für die Aufklärungsarbeit, die sie an diesem Tage geleistet haben. Es würde uns große Freude bereiten, wenn sie auch in späteren Versammlungen so schon für unsere Bewegung agitierten, damit auch die Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften immer mehr zur Einsicht kommen, wie es mit der Neutralität bei ihnen bestellt ist, wozu der eigentliche Weg führt und wie sie mit Abzicht irreführt werden. Trotz Anwendung der schädlichsten Mittel geht es unter den Maurern vorwärts, das beweisen die täglichen Neuauflagen, die aus dem Gaarbrüden erfolgen. Ob die sozialdemokratische Bewegung will oder nicht, sie hat sich mit uns abgefunden, dafür werden auch die Maurer vom Gaarbrüden sorgen. **Woltho (Weiser).** Wir haben hier am Drie einen erfreulichen Fortschritt unseres Verbandes zu verzeichnen, denn unsere Mitgliederzahl ist von 17 auf 35 gestiegen. Auch haben die Zimmerer dieses Jahr den Weg zu uns gefunden. Bei diesen fand

der Bohm noch recht nützlich. Bei der Aussperrung durften natürlich die fleißigen Arbeitgeber nicht fehlen, wir haben daher auch den Vorteil dieser Aussperrung für uns. Am 12. Oktober hielten wir unsere Versammlung ab, in welcher Kollege Zumbrod einen Vortrag hielt über den Stand unseres Verbandes. Er zeigte uns, daß unser Verband nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dem Kampf hervorgegangen und während des Kampfes seinen Aufgaben voll gewachsen war. Die Mägen, daß die christlichen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter nicht vertreten könnten, seien durch die Haltung unseres Verbandes während des Kampfes vollständig zertrümmert. Redner richtete an die Mitglieder die Ermahnung, für weiteren Ausbau des Verbandes zu sorgen. Wir richten deshalb an unsere Mitglieder die Bitte, das Gehörte in die Tat umzusetzen; die Kollegen, welche nicht in der Versammlung waren, mögen doch daran denken, daß es ihr eigener Schaden ist, wenn sie solche Versammlungen nicht besuchen. Ebenso möchten wir an unsere jungen Kollegen die dringende Bitte richten, die „Baugewerkschaft“ fleißig zu studieren und nicht, wie es leider so oft der Fall ist, daß dieselbe ungelesen einfach beiseite gelegt wird, damit sich unsere Kollegen als tüchtige Gewerkschaftler ausbilden.

Hannover III. Unsere diesjährige Generalversammlung war schlecht besucht. Kollege Bode gab den Geschäftsbericht vom verflorenen Jahre. Es fanden 14 Versammlungen statt, in denen fünf Vorträge gehalten wurden. Die Mitgliederzahl stieg um 39, es sind mithin 274 Mitglieder zu verzeichnen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kollege Karl Koch (Lutherkirche Nr. 3) als erster Vorsitzender, Wendelin Bachmann (Bockstr. 19) als zweiter Vorsitzender, Johannes Ritter (Schützenstraße 1) als erster Schriftführer, Albert Rottler (Burgstr. 21) als zweiter Schriftführer. Die Kollegen Jakob Bode und Lorenz Kosnowski wurden als Beisitzer gewählt. In die Beschwerdekommission wurden die Kollegen Wendelin Bachmann, Adam Bügel, Lorenz Kosnowski gewählt. Aus der Wahl für Kartelldelegierte gingen hervor: Albert Rottler, Wendelin Bachmann, als Vertreter: Karl Koch, Lorenz Kosnowski; Revisor: Adam Bügel; Türkontrollleur: Albert Rottler; sämtliche gewählten Kollegen nahmen ihr Amt an. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde von den Kollegen angeknüpft, daß der Kollege Karl Kümmler mit Kollegen arbeiten tue, die nicht im Verbands waren. Es wurde ferner auf Antrag der Kollegen der F. Hege Hornemann nach § 16a des Statuts aus dem Verbands ausgestoßen und ist nicht wieder aufzunehmen. Kollege Schneider erstattete alsdann dem Vorstande den Dank für das verflorenen Jahr.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Konferenz der christlich-nationalen Gewerkschaft Sachsen. Die christlichen Gewerkschaftler aller Verufe aus dem Königreich Sachsen hatten am Sonntag, den 9. Oktober, ihre Delegierten nach Dresden entsandt. Anwesend waren 80 Beamte und Delegierte, die über 7000 Mitglieder vertraten. Ein kleiner Pauze und doch bemerkenswert, weil im industriereichen Sachsen die Sozialdemokratie nicht nur die Arbeiterklasse größtenteils, sondern auch weite bürgerliche Kreise durchsetzt hat. Unter solchen Verhältnissen muß jeder Schritt Boden, jedes eingetragene Mitglied erkämpft werden, unter solchen Verhältnissen wachsen aber auch mutige und überzeugte Mitstreiter und Mitarbeiter heran. So stand denn auch die Dresdener Tagung unter dem Zeichen flammender Begeisterung und hinterließ die Gewißheit, die 7000 werden stets eine Kerntruppe, eine Bürgerschaft der Zukunft sein. Da waren in erster Linie die Textilarbeiter, Alter und Jugend, aus nah und fern. Daneben Bergarbeiter in der ersten Uniform ihres Standes, stämmige Metallarbeiter, Schuhmacher und Schneider, Buchdrucker usw. Auch die Heimarbeitertinnen zeigten sich als vollwertige Mitglieder des stolzen Gesamtverbandes. Um 2 Uhr nachmittags eröffnete Kollege Butscher, Vertreter des Gesamtverbandes, die Versammlung mit warmen Worten. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, Bureauwahl usw., sprach als erster Kollege Köhling (Textilarbeiter) über die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften. Kollege Bogi aus Forst referierte über Verwaltungsaufgaben. Kollege Gloger aus Reslau vorbereitete sich über unsere Stellung zu den Gegnern. Kollege Butscher, der als letzter Redner zu Wort kam, schilderte zahlenmäßig das Wachsen der christlichen Gewerkschaften in Sachsen. Seine Ausführungen zeigten, daß auch wir der Zukunft getrost entgegensehen können. Auf eines aber legte er den Hauptwert, auf das gemeinsame Arbeiten in allen Orten und Bezirken. Wir müssen immer noch mehr lernen, daß wir nicht nur unserer Berufsorganisation angehören, sondern zu einem großen Gesamtverbande zusammengeschlossen sind, und das ist unsere Hauptstärke. Man gilt es aber weiter arbeiten, das Gehörte in die Tat umzusetzen und somit tätig zu sein für die heilige und gerechte Sache der christlichen Arbeiter.

Allen Rednern lohnte stürmischer und wiederholter Beifall. Die Referenten hatten das rechte Wort gefunden, und die Begeisterung ließ aller Augen heller leuchten. An der nun einsetzenden Debatte beteiligten sich 16 Redner bzw. Rednerinnen. Der Grundton war: Wir stehen treu zu den christlichen Gewerkschaften und wollen in steter Arbeit ihre Ideen in die Massen hinaustragen. — Der Abend war schon weit vorgeschritten, als Kollege Winter (Berlin) das Schlußwort erhielt. Wenn es möglich gewesen wäre, so hätten seine kurzen, aber um so markigeren Worte die Begeisterung noch erhöhen müssen. — Kollege Butscher schloß nun unter beaufendem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die Versammlung. Allen aber gemeinsam war die Ueberzeugung: Ein schöner Tag, der unsern Mut neu gestählt und befestigt hat. Mäge er bald wiederkehren.

Soziale Wahlen.

Dortmund. Am 23. Oktober fand die Vertreterwahl zur Innungsbrantenkasse für Maurer, Zimmerer und Stukkateure statt, die mit einem Siege der christlichen Liste endete. Es wurden insgesamt 751 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die christliche Kandidatenliste 375 Stimmen und auf die sozialdemokratische 334; ungültig waren 42 Stimmen. Bei der Erbsamnerwahl: christlich 307, sozialdem. 88, ungültig zwei Stimmen. Im Jahre 1908 erhielten Stimmen: christlich 242, sozialdem. 318, ungültig 14. Seit vier Jahren ist die Kasse in den Händen der „Genossen“, und nun müssen sie den christlichen Platz machen. Diese Wahl hat gezeigt, daß, wenn unsere Kollegen ihre Pflicht tun, die „Genossen“ zu besiegen sind. Dem Vorstand und den Vertrauensmännern ist dieser Erfolg zu verdanken, weil sie praktische Kleinarbeit geleistet haben. Ein Bravo den christlichen Bauhandwerkern und -arbeitern. Unsere Kollegen mögen hieraus die Lehre ziehen, daß auf allen Gebieten heute nur noch Erfolge durch die Kleinarbeit zu erzielen sind.

Hann. Am 26. und 27. Oktober fand die Gewerbegerichts-wahl statt. Der Ausschuß für soziale Angelegenheit, dem die Arbeitervereine beider Konfessionen und christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, hatten schon vor Jahren an den Magistrat den Antrag gestellt um Einführung der Verhältniswahl. Der Magistrat hat dann schließlich dem Antrag zugestimmt, und es wurde zum erstenmal nach dem neuen System gewählt. Bei den früheren Wahlen waren stets die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zusammen gegangen. Diesmal hatten die Hirsch-Dunderschen eigene Kandidaten aufgestellt. Mithin beteiligten sich diesmal drei Parteien an der

Wahl: die christlichen, Hirsch-Dunderschen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Der Wahlkampf war sehr heiß, und die Wahlbeteiligung äußerst reg. Im Jahre 1907 betrug die Zahl der Stimmberechtigten insgesamt 3587, in diesem Jahre 3611, also 76 weniger als vor drei Jahren. Trotzdem wurden bei der diesmaligen Wahl etwa 1040 Stimmen mehr abgegeben als im Jahre 1907. Ein glänzendes Resultat: erzielten die christlichen Gewerkschaften. Vor drei Jahren entfielen auf ihren höchstbestimmten Kandidaten 860 Stimmen, diesmal aber 1433, also nahezu 600 mehr. Möglich abgeknüpft haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Ihr höchstbestimmter Kandidat erzielte vor drei Jahren 263 Stimmen, diesmal 370. Wirklich ein bejammernswertes Resultat, wenn man erwägt, welches Geschrei die Ruten vor der Wahl erhoben über indirekte Steuern, Zentrumsgrafen, Zentrumsherzögen usw. Nach der amtlichen Auszählung sind gewählt sämtliche Kandidaten der christlichen Liste. Mögen sich die christlichen Bauarbeiter hieran ein Beispiel nehmen und bei der in nächster Zeit stattfindenden Krankentassenvertreterwahl der Innungsbrantenkasse auch ihren Mann stellen, wie die Gewerbegerichtswähler.

Herzogenrath, 22. Oktober. Bei der gestrigen Berggewerbe gerichtswahl im Barmreiter wurden in sämtlichen Abteilungen die Kandidaten des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter gewählt. Außer den bisher von ihm innegehabten Mandaten erlangte der Gewerbeverein auf Grube Maria in Söngen ein Mandat, welches bisher die Bechenpartei innehatte. Der Wahlkampf wurde von sozialdemokratischer Seite mit großer Schärfe geführt. Außer den ständigen Agitatoren waren in den letzten Tagen die Verbandsbeamten Leimpeters und Wilmann aus dem Saarrevier, sowie Aufferstraße-Wochum hier tätig, welche in der denkbar schärfsten Weise mit parteipolitischen Argumenten, Politik und Reichsfinanzreform einen Sieg des sozialdemokratischen Verbandes bei der Wahl zu erlangen suchten. Trotzdem entfielen auf die Kandidaten des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter 1768 Stimmen gegen 831 sozialdemokratisch.

Literarisches.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1911 ist erschienen. Dasselbe lehnt sich in seiner Fassung genau an das vorjährige. Aus dem Inhalt haben wir besonders hervorgehoben: Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909, Mehr Mitarbeiter, Aus den Ortsstellen, Zwanzig Jahre internationaler Arbeiterkampf, Klassenkampf und Gewerbesolidarität, Christliche Arbeiterbewegung und Staat, Aus der Reichs-Sozialgesetzgebung, Von der Verurs- und Betriebszählung.

Bestellungen nimmt das Generalsekretariat Köln, Palmstraße 14, entgegen.

Die bisher an uns gelangten Bestellungen werden wir nach dort weitergeben. Wir ersuchen die Mitglieder für den Vertrieb des Jahrbuches eifrig Sorge zu tragen.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1911. Herausgegeben von den Verbänden katholischer Arbeitervereine West- und Süddeutschlands. 288 Seiten. Preis: kart. 40 Pf., gebunden in Leinwand 50 Pf. Verlag der Germania-Alt.-Vej., Berlin O2, Stralauer Straße 25. Wenn ein Buch, wie das vorstehende angekündigte, zum neunten Male erscheint, so ist damit wohl der Beweis erbracht, daß sein Bestehen ein Bedürfnis ist, und daß es ihm gelungen ist, sich viele und dauernde Freunde zu erwerben. Für jeden in der christlichen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiterfreund und für alle katholischen Arbeiter ohne Ausnahme ist gerade dieses Taschenbuch außerordentlich nützlich; ja geradezu unentbehrlich. Auch der neue Jahrgang hat einen überaus reichen, praktisch nützlichen Inhalt. Wir heben aus dem ersten Kapitel „Lebensweisheit“ hervor: 1. Für stille Stunden. 2. Wie erzieht der Arbeiter seinen heranwachsenden Sohn? 3. Wie können wir die Arbeit zur Freudenquelle machen? Das zweite Kapitel „Arbeitervereine“ enthält: 1. Arbeitervereine und Jugendvereine. 2. Was eine Generalversammlung bedeutet. 3. Der katholische Arbeiter und das Freidenkertum. 4. Waugenossenschaften und Arbeitervereine. 5. Der Kolos auf den thronen sitzen. Das dritte Kapitel „Gewerkschaftliches“: 1. Warum fördern wir die christlichen Gewerkschaften? 2. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909. 3. Mangel an Solidarisität in den Arbeiterorganisationen. 4. Die gewerkschaftliche Organisation in der Montanindustrie. Das vierte Kapitel „Politik“: 1. Was bringen uns die nächsten Reichstagswahlen? 2. Der Kampf gegen die Agrarier. 3. Die Vertrauensmänner in der Partei. 4. Vom Flugblatt und seiner Verbreitung. Ferner ein Kalendarium, ein Soziales Adressbuch usw. Wir können nur nochmals das Buch unseren katholischen Kollegen empfehlen.

Das „Taschenbuch für evangelische Arbeiter“ auf das Jahr 1911 ist erschienen; es wird durch die Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland, Berlin NW87, Tile-Warndenberg-Str. 28, zum Preise von 60 Pf. versandt. Die Evangelischen Arbeitervereine, sowie alle Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung erhalten hier zu überaus billigem Preise ein schmedliches Büchlein, das über den gegenwärtigen Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in einer Reihe von Aufsätzen und Tabellen genauen Aufschluß gibt und ausgiebigen Raum zu Entzählungen für jeden Tag des Jahres bietet; auch durch eine Fülle praktischer Notizen sich seinem Besitzer nützlich erweist. Es gilt, sich mit der Anschaffung zu beeilen, ehe die Auflage ausverkauft ist.

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 17 063, lautend auf Bernhard Jünkerling von der Zahlstelle Livvstadt; die Buch-Nr. 68 475, lautend auf Johann Wandeberg von der Verwaltungsstelle Nachen.

Aufforderung. Wer den Aufenthalt des Kollegen Karl Baake (Buch-Nr. 117 871), aufgenommen zu Sinsen, kennt, wird gebeten, dessen Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Genannter Kollege wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Warburg gegenüber nachzukommen und sein Buch und Karte in Empfang zu nehmen. **Jos. Jacob, Warburg, Altstadt, An der Burg Nr. 10.**

Achtung! Strelno. In der Sitzung der christlichen Bauhandwerker vom 23. Oktober wurde einstimmig beschlossen, daß diejenigen, welche bis jetzt nicht organisiert sind und eintreten wollen, eine Mitgliedsanzahlung von drei Monaten leisten müssen. Ausgeschlossen sind Junggeblieben und diejenigen, welche dieses Jahr ihre Militärzeit beendet haben. — Wir machen die benachbarten Zahlstellen darauf aufmerksam, daß die Nichtorganisierten von Strelno und Umgegend unter anderen Bedingungen nicht aufgenommen werden. Unsere diesjährige Generalversammlung findet am 11. Dezember, im Lokale des Herrn Kontieniez, statt. Alle Kollegen müssen erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. **Der Vorstand.**

Sterbetafel. Am 26. Oktober starb unser Kollege **Friedr. Zahlsbusch** aus Bollbrandshausen im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung. **Zahlstelle der Maurer Hannover.** Ehre seinem Andenken!